

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Landbote. 1849-1934 1924

40 (2.6.1924)

Ercheint
Montag, Mittwoch,
Freitag.
Bezugs-Preis:
Durch die Post bezogen und durch den Briefträger u. unsere Austräger frei ins Haus monatlich Goldmark 1.50 freibleibend.
Der Bezugspreis ist im Voraus zu entrichten.
In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Geschäftszeit 7-8-5 Uhr, Sonntags geschlossen.
Fernsprechanruf Nr. 11.
Postfach-Nr. 6003.
Karlstraße Nr. 6003.

Der Landbote

Sinsheimer Zeitung  **Gez. 1839**

General-Anzeiger für das Elsenz- und Schwarzbachtal
Älteste und verbreitetste Zeitung dieser Gegend. Haupt-Anzeigen-Blatt.
Wöchentliche Beilagen: Mode u. Heim • Der Kolbold • Neue Illustrierte

Anzeigen-Preise:
Anzeigen: Die 42 mm breite Millimeter-Zeile 8 Goldpf.
Familien-Anzeigen 5 Goldpf.
Reklamen: Die 87 mm breite Millimeter-Zeile 24 Goldpf.
Grundschrift im Anzeigen- und Textteil ist Petit.
Bei Wiederholungen tarifreter Rabatt, der bei Nichtzahlung innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum oder bei gerichtlicher Betreibung und bei Konkurs erlischt.
Plagiate werden nicht anerkannt und für Aufnahmen an bestimmten Tagen sowie für telefonische Aufträge keine Gewähr übernommen.
Anzeigen-Aufnahme bis 8 Uhr vormittags; größere Anzeigen wässon am Tage vorher aufgegeben werden.

Nr. 40. Montag, den 2. Juni 1924. **85. Jahrgang**

Die ungelöste Regierungskrise.

Die Berliner Besprechungen über die Regierungsbildung.

Berlin, 30. Mai. Der Reichskanzler Dr. Marx hat die Parteiführer zu einer Besprechung auf halb 1 Uhr eingeladen. Dieser Empfang der Parteiführer durch den Reichskanzler leitet eine neue Phase in der Regierungsbildung ein.
Die Bemühungen um das Zustandekommen einer rein bürgerlichen Regierung wurden heute fortgesetzt. Zunächst hatte der Reichskanzler heute vormittag eine Unterredung mit den Führern der deutschnationalen Reichstagsfraktion. Im Anschluß daran rief er die Führer der Mittelparteien zu einer Besprechung zusammen. Diese dauerte von halb 1 Uhr bis gegen 3 Uhr und wurde dadurch unterbrochen, daß der Abgeordnete Dr. Scholz (D. Sp.) die deutschnationalen Herren Graf Westarp und Schulz-Bromberg zu einer kurzen Konferenz aufforderte. Inzwischen hatten sich die Fraktionen der Mittelparteien versammelt, um die Berichte ihrer Führer über die Aussprache mit dem Kanzler entgegenzunehmen. Hierbei stellte sich heraus, daß die Bemühungen des Kanzlers auch heute noch kein greifbares Ergebnis erzielt hatten. Die Deutschnationalen scheinen nicht grundtätig zu verlangen, daß ein Deutschnationaler das Kanzleramt bekleidet. Sie verlangen jedoch nach wie vor die Befestigung des Außenministeriums mit einem Deutschnationalen und die Befestigung Dr. Stresemanns. Sie verlangen ferner die Befestigung der großen Koalition in Preußen und eine bürgerliche Regierung für Preußen. An diesen beiden Hauptpunkten sind die Verhandlungen heute mittag gescheitert, sodaß die Bemühungen um die Regierungsbildung abermals auf einem toten Punkt angelangt sind.

Der Vorstand der demokratischen Partei versammelte sich heute vormittag zusammen mit den Fraktionen des Reichs- und Landtags. Den Vorsitz führte der Abg. Dr. Erkelenz. Der Parteivorstand Koch, der an allen Besprechungen der Mittelparteien über die Kabinettsbildung teilgenommen hatte, gab einen Überblick über die gegenwärtige Situation. Daran knüpfte sich eine lebhafte Aussprache über die Frage, ob die demokratische Partei sich an einer Regierung zusammen mit den Deutschnationalen beteiligen könne. Die Mehrheit des Parteivorstandes scheint, soweit sich aus Äußerungen erkennen läßt, dagegen zu sein. Im Zentrum ging die überwiegende Meinung dahin, daß man mit den Deutschnationalen unbedingt die Regierung bilden müsse, daß man aber einen deutschnationalen Reichskanzler nicht ertragen könne.

Eine neue Regierung der Mitte?

Berlin, 31. Mai. Während das „Berl. Tagebl.“ und die „Börs. Ztg.“ der Meinung sind, daß nach dem Beschluß der deutschnationalen Fraktion der Gedanke des Bürgerblocks endgültig erledigt sei, will der „Berl. Lokalanzeiger“ erfahren haben, daß man in der deutschen Volkspartei den Versuch der Deutschnationalen zur Regierung heranzuziehen, noch nicht aufgegeben habe. Der Reichspräsident empfing gestern noch den bisherigen Reichskanzler Dr. Marx und den volksparteilichen Abgeordneten Dr. Scholz. Wie die „Kreuzzeitung“ wissen will, soll dabei dem Reichspräsidenten der Vorschlag gemacht worden sein, nunmehr den deutschnationalen Abg. Hergt, als den Führer der stärksten Fraktion des Reichstages, mit der Kabinettsbildung zu betrauen.

Im Gegensatz zu dieser Lesart steht die Meldung anderer Blätter, daß der bisherige Reichskanzler Dr. Marx heute seine Bemühungen um die Bildung eines Kabinetts fortsetzen werde und zwar auf der Grundlage der bürgerlichen Mittelparteien. Eine solche Regierung würde jedoch parlamentarisch nur eine Minderheit hinter sich haben. Sie würde aber in ihrem außenpolitischen Programm durch die Unterstützung der Sozialdemokraten eine Mehrheit finden. In erster Linie abhängig ist die Bildung eines solchen Kabinetts von der Haltung der Deutschen Volkspartei, die noch heute morgen in einer Fraktionsversammlung über ihre Stellung zu der durch die deutschnationale Abgabe geschaffenen Lage Beschluß fassen wird.

Die Neubildung auf Montag vertagt.

Die Deutsche Volkspartei immer noch ratlos.
Berlin, 31. Mai. Die Neubildung der Reichsregierung ist bis Montag vertagt. Diese Verzögerung ist bedingt worden durch die Deutsche Volkspartei, die erst am Montag einen endgültigen Beschluß fassen will, nachdem sie sich mit der Bayerischen Volkspartei und mit der Wirtschaftspartei ins Benehmen gesetzt hat. Die Deutsche Volkspartei hat in ihrem Fraktionsbeschlusse davon abgesehen, noch einmal im Sinne einer Beauftragung Dr. Hergts, beim Reichspräsidenten vorstellig zu werden. Die Fraktion hat außerdem ihre Übereinstimmung mit dem außenpolitischen Programm der Mittelparteien betont; ihre endgültige Entscheidung über den Eintritt in das zweite Kabinett Marx ist aber auf Montag vertagt worden, weil etwa 20 Mitglieder der Fraktion nicht anwesend waren und weil man auch noch wünscht, die Bayerische Volkspartei und die Wirtschaftspartei zum Anschluß an die Koalition der Mitte zu bewegen.

Auflösung des Reichstags oder Diktatur.

Die Meinung des „Vorwärts“ über den neuen Reichstag.
Ueber die Eröffnungssitzung des Reichstags schreibt der „Vorwärts“: Die Reaktionen der Kommunisten haben um so beschämender gewirkt, als sie sich gegen den Alterspräsidenten des

Reichstags, den im 79. Lebensjahr stehenden Abgeordneten Bok richteten. Während die Kommunisten ihr „Theater“ vorbereiteten, beschäftigte sich die sozialdemokratische Reichstagsfraktion in erster Beratung mit der Tatsache, daß ein Mitglied der völkischen Fraktion und fünf Mitglieder der Kommunisten durch Haft von den Reichstagsverhandlungen ferngehalten werden. Es gibt nur eine Meinung darüber, daß der Reichstag in Wahrung des parlamentarischen Prinzips bei der ersten sich geschäftsordnungsgemäß bietenden Gelegenheit die Freilassung seiner in Haft befindlichen Mitglieder beschließen muß. Käme es den Kommunisten wirklich darauf an, die inhaftierten Abgeordneten frei zu bekommen, so müßten sie sich der Geschäftsordnung fügen und den sozialdemokratischen Vorschlag unterstellen. Die Kommunisten wollen aber nicht die Freilassung, sondern den Skandal. Es bleiben nur drei Möglichkeiten übrig:
Die 1. ist, daß sich die Mittel der Geschäftsordnung als stark genug erweisen, um die Arbeitsfähigkeit des Reichstages herzustellen und die Kommunisten zur Vernunft zu zwingen.
Die 2. ist, daß der Reichstag aufgelöst wird, und die Arbeiterchaft noch einmal vor die Frage gestellt wird, ob sie Aufhebungen oder Arbeitervertreter in den Reichstag schicken will. Hilft auch das nicht, dann ist der Parlamentarismus für Deutschland vorläufig erledigt, dann kommt die Diktatur, aber wessen Diktatur, gewiß nicht von Werner Schölen und Ruth Fischer, sondern eine andere, bei der die Kommunisten ihre blauen Wunder erleben werden.

Minderheitsregierung der kleinen Koalition?

Berlin, 30. Mai. Zur Frage der Regierungsbildung sei unter den zahlreichen Kombinationen noch eine erwähnt, nämlich daß für den Fall des Scheiterns aller anderen Verhandlungen auch der Gedanke der sogenannten Wirthschen Koalition in linksgerichteten Kreisen aufkaucht, ohne daß dabei ausschließlich an die Person des Herrn Wirth als Führer dieser Koalition gedacht zu werden braucht. Dieser Koalition aus Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten dürften die letzteren, wie anzunehmen ist, nicht abgeneigt sein, sie haben aber weder einen Beschluß darüber gefaßt, noch ist man von anderer Seite mit einer Anfrage deswegen an sie herangetreten. Eine solche Regierung würde eine Minderheitsregierung sein, der, wenn sie sich im Reichstag nicht durchsetzen könnte, nichts anderes übrig bliebe, als den Reichstag aufzulösen und mit der Parole für oder gegen das Sachverständigengutachten an die Wähler zu appellieren. In diesem Falle bliebe aber noch der andere Ausweg, daß nach dem sozialdemokratischen Antrag der Volksentscheid stattfände, um die im Reichstag erforderliche Zweidrittelmehrheit zu erzielen.
Aus sozialdemokratischen Kreisen hören wir, daß der Abgeordnete Breisfeld, der eben von seiner Pariser Reise zurückgekehrt ist, sich dort bei der kommenden Regierung Herriot für die Ehrenpunkte d. h. die Freilassung der Gefangenen und die Zurückberufung der Ausgewiesenen, eingesetzt und dafür bei Herriot und seinen Freunden volles Verständnis gefunden habe.

Die Kreditpolitik der Reichsbank.

Berlin, 30. Mai. In der heutigen Zentralauschüßsitzung der Reichsbank macht der Präsident des Reichsbankdirektoriums Dr. Schacht folgende Ausführungen zur Kreditpolitik der Reichsbank.
Bei der letzten Zentralauschüßsitzung hat sich die Anlage der Reichsbank, von gelegentlichen Schwankungen abgesehen, nicht wesentlich verändert. Durch die weitere Einziehung von Notgeld und kleinen Goldanleihestücken ist der gesamte Zahlungsmittelumlauf auf den Stand von Anfang des Jahres zurückgegangen. Erfreulich ist, daß an Notgeld zurzeit nur noch etwa 175 Millionen in Umlauf sind (gegenüber einer Milliarde am Jahresende). Eine Wirkung der zurückhaltenden Kreditpolitik der Reichsbank auf die Devisenlage und auf den Kurs der Mark ist offensichtlich. Die Devisenzuteilung hat ganz erhebliche Erhöhungen erfahren können, die Notierung der Mark im Ausland ist in der letzten Zeit dauernd günstig gewesen. Die valutarische Situation der Reichsbank hat sich erheblich verbessert. Die Ausleihungen der Golddiskontbank sind auf nahezu 5 Millionen Pfund Sterling gestiegen. Die Reichsbank ist nach wie vor entschlossen, ihre Kreditpolitik von währungsrechtlichen Gründen beherrschen zu lassen, da ein anderes Mittel zur Aufrechterhaltung der Marktstabilität zurzeit nicht zur Verfügung steht. Die Unelastizität der Rentenbank bringt es mit sich, daß die Reichsbank gegenüber ihren Rentenmarkverpflichtungen sich eine Reserve in Rentenmark halten muß. Von den ihr zur Verfügung stehenden rund 1100 Millionen Rentenmark hat die Reichsbank 300 Millionen noch nicht abgerufen. Diese 300 Millionen müssen dienen: 1. zur Deckung gegenüber den zurzeit 540 Millionen täglich fälligen Rentenmark-Giroverpflichtungen, 2. zur evtl. Auffüllung der Kassenbestände in Rentenmark, die in über 400 Reichsbankanstalten täglich gehalten werden müssen, 3. als Kriegsreserve. Eine Erhöhung der Papiermarkausgabe seitens der Reichsbank ist ebensowenig möglich wie die Inangriffnahme dieser 300 Millionen Rentenmarkreserve, da die Höhe des als Papiermarkdeckung dienenden freien Goldbestandes eine Papiermarkausgabe nicht zuläßt.
Es bleibt deshalb garnichts anderes übrig, als daß die Wirtschaft sich nach der Decke streckt. Gegenüber diesen klaren Tatsachen ist das Drängen nach Hergabe weiterer Kredite ledig-

lich aus der Notenpresse völlig unverständlich. Solche Kredite können nur eine neue Inflation heraufführen und sind damit in sich selbst zur Wirkungslosigkeit verurteilt. Die Reichsbank ist sich der Kreditnot in der sich die Wirtschaft leider befindet, nur zu sehr bewußt, da gerade bei ihr die Kreditwünsche zusammenlaufen. Aber die Wirtschaft muß verstehen, daß die Zentralnotenbank nicht mehr helfen kann als bis jetzt geschehen ist. Eine neue Inflation wäre nur eine Scheinhilfe und wird einhellig und entschieden von der Reichsbankleitung abgelehnt.

Die Politik der Reichsbank wurde in den letzten Wochen durch eine völlig mißbräuchliche Anwendung der sog. Geschäftsaufsicht durchkreuzt. Die Wechselschuldner der Reichsbank benehgen die Möglichkeit der oft in kritischer und unwirtschaftlicher Weise zugewilligten Geschäftsaufsicht dazu, um der Reichsbank Zugeständnisse bei der Rückzahlung von Wechseln abzusprengen. Alle Bemühungen, die Kredite zu liquidieren und die Warenbestände abzubauen, werden durch die Einführung der Geschäftsaufsicht als einer Massenercheinung sabotiert, um den Schuldnern zum Schaden ihrer Gläubiger und der Allgemeinheit das Durchhalten von Waren- und Devisenbeständen zu ermöglichen.

Das Reichsbankdirektorium wandte sich deshalb an die zuständigen Regierungsstellen mit dem dringenden Ersuchen, die Geschäftsaufsicht zu beseitigen oder zum mindesten ihre Ausübung unmöglich zu machen. Eine Forderung der auch im Interesse der Aufrechterhaltung des Vertrauens in- und ausländischer Kreditgeber hoffentlich mit der nötigen Beschleunigung Rechnung getragen wird.

Innerhalb der zur Zeit gegebenen Grenzen hat die Reichsbank durch Ausgleichung und anderweitige Verteilung der Kredite nach Möglichkeit geholfen. Insbesondere ist der Landwirtschaft über den bereits gewährten Kredit von 800 Millionen hinaus nochmals ein ansehnlicher Betrag für die Auswinternungsschäden zugewendet worden. Das fortwauernde Drängen auf weitere Reichsbankkredite seitens landwirtschaftlicher Kreise ist umso unverständlicher, als eine der größten landwirtschaftlichen Organisationen durch ihren Vorstehenden schon jetzt um Prolongation der zur Erntezeit fälligen landwirtschaftlichen Wechsel ersucht. Die Reichsbank ist deshalb an die zuständigen Regierungsstellen herangetreten mit Vorschlägen über eine anderweitige Beschaffung langfristiger landwirtschaftlicher Kredite. Es handelt sich dabei um die Ausbarmadung von Beträgen, die früher auf Grund gesetzlicher Vorschriften in den Immobilienkredit hineinfließen, aber durch die Notverordnungen der Inflationszeit in andere Richtungen gelenkt wurden, Beträge, die heute zum großen Teil in irregulärer Weise dem mobilen Geldmarkt aufsuchen und vielfach Veranlassung zum Kettenhandel mit Geld geben.

Die dahin zielenden Maßnahmen werden allerdings außerordentlich erschwert, wenn immer wieder Beträge flüssig gemacht werden müssen zur Finanzierung von Streikausfällen oder von Sachleistungen an die Ententemächte. In ihrem derzeitigen Zustand kann sich die deutsche Volkswirtschaft weder Streiks noch Grattislieferungen an das Ausland leisten. Alle Bemühungen um die Behebung der Kreditnot werden schließlich scheitern, wenn nicht schleunigst Arbeitsfriede im Innern und die Regelung unserer Verpflichtungen an das Ausland eintritt.

Der Zentralauschüß erteilte den vorstehenden Erklärungen einstimmig seine Zustimmung und unterstrich insbesondere die Ausführungen über die Geschäftsaufsicht, deren restlose Beseitigung er erwartet.

Paris und das Programm der Mittelparteien.

Paris, 28. Mai. Die Erklärung der drei im bisherigen Ministerium Marx vertretenen Parteien hat in hiesigen politischen Kreisen einen ausgezeichneten Eindruck gemacht. Selbst das „Journal des Debats“ nimmt mit Anerkennung Kenntnis von dieser Kundgebung und muß offenbar zum größten Schmetz Poincares feststellen, daß sie eine rückhaltlose Annahme des Sachverständigenprogramms enthalte. Dem Blatt mißfällt allerdings die Ausdeutung des Plans von Dawes, denn es ist nun einmal eine französische Denkart, daß man hier alles auslegen darf, daß aber jeder Versuch einer Ausdeutung in Deutschland als hinterhältig bezeichnet wird. — Der „Temps“ rechnet in seinem heutigen Leitartikel erfreulicherweise mit dieser urfranzösischen Auffassung ab, indem er zugibt, daß es auch in Deutschland eine Regierung gebe, die so arbeiten müsse, daß sie der öffentlichen Meinung begreiflich macht, warum man ihr schwere Lasten aufbürden müsse. Die Regierungsparteien — so sagt das Blatt — suchen in ihrem Land eine politische Lage zu schaffen, die es ihnen gestattet, das Programm der Sachverständigen mit Zustimmung der großen Mehrheit des deutschen Volkes anzunehmen, sie suchen also eine politische Idee. Die Franzosen müssen begreifen, daß die Deutschen, um das Sachverständigenprogramm völlig auszuführen, gewisse Befriedigungen nationaler Art verlangen müssen.

Englisch- und amerikanische Schritte in Berlin?

Berlin, 31. Mai. Ueber Staatsstreichpläne die hinter der von den Deutschnationalen vorgeschlagenen Kandidatur des Großadmirals von Tirpitz stehen, macht Georg Bernhard in der Börs. Ztg. folgende Mitteilung: Es wird schon seit langem in deutschnationalen Kreisen (und leider auch durch deutschnationale Agitatoren im Ausland) kein Hehl mehr daraus gemacht, daß man den ältesten Sohn des ehemaligen Kronprinzen als Kaiser einzusetzen und ihm eine Regentschaft beizugeben wünscht, als deren Haupt man den von den Deutschnationalen als Reichskanzler kandidierten Abgeordneten von Tirpitz nennen hört.

Weiter macht Bernhard Andeutungen, über eine Demarche Englands und Amerikas gegen den Eintritt der Deutschnationalen in die Regierung. Er schreibt: Wir haben allen Anlaß, anzunehmen, daß während des Freitags oder Samstags auch Schritte von offizieller Bedeutung bei der deutschen Regierung unternommen worden sind. Die diese über die wirkliche Stimmung in England und Amerika endlich radikal aufklären. Diese Schritte sind um so bedeutungsvoller, als die Deutschnationalen in würdevoller Weise versucht haben, sich in London, ja sogar in Paris anzugliedern.

Englische Besorgnisse.

London, 29. Mai. Der diplomatische Berichterstatter des Evening Standard weist darauf hin, daß man die politische Entwicklung in Deutschland in den letzten Tagen in englischen amtlichen Kreisen mit zunehmender Besorgnis verfolgt, weil man der Ansicht ist, daß die unklaren Parteiverhältnisse in Deutschland eine Verzögerung der Annahme des Dawesberichts herbeiführen könnten. Wenn der Dawesbericht aber nicht bald verabschiedet werde, könnten daraus in Endgefecht für Deutschland „Chaos und Staatsbankrott“ hervorgehen.

Der Bergarbeiterstreik beendet.

Gelsenkirchen, 30. Mai. Der Alte Bergarbeiterverband hat unter dem Druck des Beschlusses des Gewerkschaftsrats christlicher Bergarbeiter und unter dem Druck der Massen, die stürmisch die Wiederaufnahme der Arbeit forderten, eine neue Revierkonferenz abgehalten, in der mit 140 gegen 34 Stimmen der Beschluß vom Samstag aufgehoben und beschlossen wurde, den Schiedspruch anzunehmen und die Mitglieder zur Wiederaufnahme der Arbeit aufzufordern. Damit ist der Streik beendet. Im Laufe des Tages hat eine große Zahl von Gewerkschaftsversammlungen den Beschluß gefaßt, sofort die Arbeit wieder aufzunehmen. Drei Viertel der Belegschaften haben sich bereits zur Arbeit gemeldet.

Ein Vortrag von Dr. Ludwig Haas in Berlin.

Der kindische vaterlandsschädliche Antisemitismus. Berlin, 30. Mai. Reichstagsabgeordneter Dr. Ludwig Haas sprach gestern in dem trotz der Hitze völlig überfüllten Festsaal des Haderjchen Hofes, in denen Hunderte keinen Einlaß mehr fanden, über „Reichstag, Völkische und wir deutschen Juden.“ Der Redner wies auf die beschämenden Auftritte im Reichstag hin, die die Kommunisten unter Nichtachtung der Würde des Parlaments vom Saune gebrochen hatten. Kindischer Antisemitismus versuchte dafür das deutsche Judentum verantwortlich zu machen. Unter stürmischem Beifall der Versammlung erklärte Dr. Haas, daß das deutsche Judentum in seiner erdrückenden Mehrheit mit diesen traurigen Vorfällen nichts gemein habe, was für jeden gerecht denkenden Volksgenossen selbstverständlich sei. Das Ansehen des deutschen Volkes werde durch die antisemitische und nationalistische Hege im Ausland schwer geschädigt. Wenn, wie in München ein alter jüdischer Mann, der Niemanden etwas zu Leide getan hat, von 17 jungen Burken überfallen und niedergeschlagen wird, oder wenn Mord und Hochverrat nicht die gehörige Sühne finden, so werde es nur zu leicht verständlich, daß die Welt die aus diesen Taten und Urteilen sprechende Gesinnung zum Maßstab des deutschen Kulturniveaus nehme. Dr. Haas ging sodann auf die Anträge ein, welche die Deutschvölkischen im Reichstag gestellt haben. Der Antrag, die Angehörigen der jüdischen Rasse unter Fremdenrecht zu stellen, stellt der deutschvölkischen Unwissenhaftigkeit und Ungeistigkeit ein beredtes Zeugnis aus. Wo gäbe es eine jüdische Rasse und wieviel ungermanisches Blut fließe in den Adern der reinsten Arier? Der Redner geißelte sodann die Verhöhnung der Reichsflaggen als Judenfahne, denn schwarz-rot-gold seien die alten deutschen Farben, unter denen die alten Burkenschmucker für die deutsche Einheit und die Vesterreicher für den Anschluß gekämpft haben. Das Judentum werde auch diese antisemitische Welle überdauern, es habe schon stärkere Stürme überstanden. Eine ernste Gefahr aber bedeute die Judenfeindschaft für den Aufbau und die gesunde Entwicklung des deutschen Vaterlandes und seiner Kultur.

Ein demokratischer Antrag auf Verkleinerung der Wahlkreise.

Berlin, 31. Mai. Im Reichstag ist ein demokratischer Antrag eingegangen, der eine Novelle zum Reichswahlgesetz fordert, die eine Verkleinerung der Wahlkreise vorsieht. Ferner

Des Herzens Gebot.

Original-Novelle von Fr. Lehne.

10) Nachdruck verboten. Und Graf Willstetten amüsierte sich königlich über das Wortgeplänkel und die versteckten Bosheiten der beiden jungen Mädchen. Diese Dagmar Odenberg war doch ein entzückendes Geschöpf und nun er sie wieder gesehen, schmachtete er von neuem in ihren Banden. Sie schien ihm schöner, hinreißender als je — und im stillen erzwang er schon, ob er mit dem, was Dagmar ihm zubringen würde, nicht auch auskommen könnte. Sie war ja einzig, jeder würde ihn um ihren Besitz beneiden. Eifrig suchte er fortan ihre Gesellschaft, unbekümmert, daß er Ernesta vernachlässigte. Dagmar war bild eine der geistreichsten Schönheiten, die stets von einem Kreis von Bewunderern umringt war, wohin sie kam, überall fiel sie auf. Mit heimlichem Ingrimm beobachtete Ernesta das alles. Sie hätte wännen mögen vor Neid und Zorn, wenn sie Dagmar so übermäßig und unbekümmert die Wellen mit den weißen Armen teilen sah, wenn sie gleichsam sich spielend von ihnen tragen ließ. Stets war sie der Mittelpunkt einer fröhlichen Gesellschaft, von der sie, Ernesta, sich ausschließen mußte aus Gründen der Klugheit. Sie wollte ihr schwächliches Körperchen nicht den Blicken der anderen preisgeben. Aber Dagmar war gar nicht so heiter und ausgelassen, wie sie sich gab. Eine Stimme in ihrem Innern ließ sich nicht zur Ruhe bringen. — Je mehr sie sich in das sorglose übermütige Treiben stürzte, desto lauter aber mahnte die Stimme und Bernhard Wagners Bild trat greifbar deutlich vor ihre Augen. Der Gedanke an ihn ließ sich nicht bannen. Ja, Dagmar fing an, den Freunden zu vermissen — und das täglich mehr. Sie hatte geglaubt, jene ruhigen Tage in Hohenhof seien nur eine amüsante Abwechslung, eine interessante Episode gewesen, und nun erkannte sie deutlich, daß sie das Glück ihres Lebens in sich getragen hatten.

ollen die zurzeit der Wahl auf See befindlichen Seeleute die Möglichkeit erhalten, bei Rückkehr an Land zu wählen. Die Stimmen sollen der Reichsliste zugezählt werden. Weiter beantragt die demokratische Fraktion die Aufhebung einer Reihe von Bestimmungen der Personalabbauperordnung. Das Zentrum beantragt, die Studenten von der Ausreisegeld bei Studienreisen zu befreien. In einem weiteren Antrag des Zentrums wird gefordert, die Preise der landwirtschaftlichen Produkte mit den Preisen der landwirtschaftlichen Produktionsmittel in Einklang zu bringen und der Kreditnot zu steuern.

Keine Lockerung des allgemeinen Versammlungsverbots.

Berlin, 29. Mai. Bei einer Besprechung, die kürzlich auf Einladung der Reichsregierung zwischen dem Reichsminister des Innern und den Ländervertretern über die einheitliche Handhabung des Versammlungsverbots stattgefunden hat, ist man zu folgendem Ergebnis gekommen.

Nach Paragraph 3 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. Februar 1924 sind öffentliche Umzüge auf Straßen und Plätzen grundsätzlich und allgemein verboten. Ausnahmen von diesem Verbot können die Landesregierungen zulassen. In der letzten Zeit vermehrten sich die Anträge auf die Gestattung solcher Ausnahmen, so daß eine einheitliche Handhabung des Versammlungsrechtes notwendig ist. An verschiedenen Orten führten große Veranstaltungen der einen Seite zu Gegendemonstrationen der anderen Richtung und zu blutigen Zusammenstößen, wobei nur durch ganz außerordentliches Polizeiaufgebot das Schlimmste verhütet wurde. Es liegen Anträge aus allen Teilen des Reichs auf Erlaubnis von „großen Tagen“ vor, deren Gestattung entsprechende Gegenstöße zur Folge haben würde. Der Bürgerfriede ist auf diese Weise schwer gefährdet. Solange diese Zustände bestehen, und die Bevölkerung in weiten Kreisen offenbar noch nicht willens ist, Kundgebungen der politischen Auffassung Andersdenkender ungeföhrt zu lassen, und solange jede solche Kundgebung die erste Gefahr blutiger Ausschreitungen mit sich bringt, ist die Lockerung des allgemeinen Versammlungs- und Umzugsverbots unter freiem Himmel nicht möglich. Die Polizeikräfte sind dazu da, und auf die Dauer auch nicht in der Lage, allsonntäglich demonstrierende Mengen voreinander zu sühlen. Ausnahmen können nur in besonderen Fällen zugelassen werden, wo es sich um wirklich überparteiliche Kundgebungen oder um solche rein örtlicher Art handelt, bei denen Störungen von vornherein ausgeschlossen sind.

Briefwechsel Macdonald—Poincare.

Die Veröffentlichung des Briefwechsels Macdonald-Poincare gibt vor allen Dingen Anlaß zu der Frage: Warum hat Macdonald die Veröffentlichung verlangt? Wer diese Frage beantworten kann, wird auch die Bedeutung des Briefwechsels abschätzen können. Man gewinnt die Ueberzeugung, daß einzig und allein der „Temps“ mit Ernst und Sachlichkeit über diese Frage nachgedacht hat. Er vertritt offenbar den Standpunkt, daß es nicht genüge, so oft wie möglich zu wiederholen, daß man die Absicht hat, auszugleichen und zu versöhnen, wenn man den Worten die Taten nicht folgen läßt. Gibt es irgend jemand, der in dem großen Brief vom 14. Mai ein Entgegenkommen oder auch nur ein Anleihen an den englischen Standpunkt zum Sachverständigenbericht findet? Gewiß nicht. Die leidige Frage der Eisenbahnregie im besetzten Gebiet verweist Herr Poincare kurzerhand an eine andere Instanz, heißt das die Frage regeln? Auch in der Frage der Sanktionen sieht man kein Entgegenkommen. Es ist ja heute offenbar, daß weder Macdonald noch Mussolini den belgischen Vermittlern eine tröstliche Zusicherung hinsichtlich des festzulegenden Programms der Zwangsmaßnahmen geben werden. Was bleibt also übrig? Die Frage der Wiederherstellung der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands? Hier kann man nur die Frage wiederholen, welche der Temps heute abend stellt: Wann ist der Zeitpunkt gekommen, an dem Poincare glaubt, die Vorschläge der Sachverständigen seien von Deutschland in ihrer Gesamtheit ausgeführt worden. Hierüber spricht sich der französische Ministerpräsident nicht aus. Also bleibt auch auf diesem Gebiet alles im Unklaren, also beim alten. Wer den Briefwechsel vom deutschen Standpunkt aus beurteilt, kann die löbliche Absicht Macdonalds, eine französisch-englische Einigung über den Sachverständigenbericht herbeizuföhren, nur anerkennen. Jedes ernste Zerwürfnis und jede ernste Meinungsverschiedenheit zwischen Frankreich und England muß logischer Weise auf Kosten des deutschen Volkes ausgekämpft werden. Nun spricht man von neuen Methoden und von einer neuen Zeit. Auch Macdonald

scheint beides zu erwarten. Es wird nicht lange dauern und man wird auch hierüber aufgeklärt sein, vorausgesetzt, daß die neue Regierungsbildung glatt durchgeführt werden kann, was, wie man vor einigen Tagen in den Wandelgängen der Kammer hörte, noch nicht feststeht.

Eine Unterredung mit Herriot.

Paris, 30. Mai. Herriot gewährte heute einem Vertreter des Pariser „Soir“ eine Unterredung, in der er u. a. folgendes ausführte:

Die deutsche Demokratie weiß heute schon ganz genau, welche Politik sie zu treiben gedenke, nämlich eine demokratische Politik. Die deutschen Nationalisten dürfen keine Konzeptionen von mir erwarten. Ich habe immer schon erklärt, durch eine internationale Entente zur Lösung des Reparationsproblems zu gelangen. Außerdem betonte Herriot heute wieder, daß er sich bemühen werde, sobald als möglich eine völlige Uebereinstimmung mit England zu erreichen; er wolle möglichst bald mit Macdonald eine persönliche Aussprache haben, Herriot sagte auch, daß die entscheidenden Beschlüsse in bezug auf die Regierungsbildung in den Parteikongressen gefaßt würden. Zum Schluß wies er nochmals darauf hin, daß er sich von niemanden beeinflussen lassen werde.

Separatistisches Werben um die rheinischen Eisenbahner.

Aus Eisenbahnerkreisen erhält das „Kölnner Tageblatt“ eine Zuschrift, die von den Bemühungen der Separatisten spricht, unter den Eisenbahnern des Rheinlandes Einfluß zu gewinnen. Es habe sich bereits vor einigen Wochen ein „Ring der Sonderbündler, Interessengemeinschaft rheinischer Eisenbahner“ in Gerolstein gebildet, der in Wirklichkeit das Ziel habe, die deutschen Eisenbahner für die französisch-belgische Regie zu gewinnen und sie damit auf den Weg des Separatismus zu bringen. Die bisher abgehaltenen Versammlungen hätten bewiesen, daß diesem Beginnen leider schon Erfolg beschieden gewesen wäre. Auch die Zollbeamten sollen in gleicher Weise organisiert werden. In der Eifel seien die Vorarbeiten zu einer derartigen Organisation bereits getroffen. Der Sitz des neuen Eisenbahnerverbandes soll vorläufig Gerolstein sein. Man beabsichtigt aber, ihn später nach Mainz, zur Generaldirektion der Regie zu verlegen. Ein Verbandsorgan soll ab 1. Juni erscheinen. Die Bewegung stehe im Zusammenhang mit den separatistischen Machenschaften im Ruhrgebiet. Man wolle versuchen, eine Zentralfleitung aller Separatisten-Bewegungen zu bilden und den Anschluß an andere Gruppen, besonders die pfälzische, suchen. Der Vorstand dieses Verbandes werde von einem gewissen Koch-Pfeiffer und einem gewissen Hansen, beides ehemalige Mitglieder der Rheinischen Republik geleitet, die in ihrer Heimat einen starken Anhang hätten. Die Zuschrift schließt: „Die gesamte Lage ist sehr ernst zu nehmen und man übertreibt nicht, wenn man der Befürchtung Ausdruck gibt, daß es in der nächsten Zeit zu schweren Ereignissen kommen wird.“

Russisch-polnische Reibereien.

Warschau, 28. Mai. In Beantwortung der polnischen Note vom 15. Mai überreichte die Sowjetregierung dem polnischen Gesandten in Moskau eine Note, in der die Beschuldigung der Einmischung in innere Angelegenheiten Polens kategorisch zurückgewiesen wird. Die Sowjetregierung erklärt, daß ihre erste Note auf der Tatsache fuße, daß Polen den Artikel 7 des Rigaer Vertrages nicht loyal und strikt durchgeführt habe. Die Sowjetregierung weist die Behauptung der polnischen Regierung zurück, wonach die das Gebiet der Union der Sowjetrepubliken bewohnenden polnischen Bürger weder ihre bürgerliche Freiheit noch die Freiheit der Ausübung ihres religiösen Kultes genießen können. Sie betrachtet diese Erklärung als eine Einmischung Polens in die inneren Angelegenheiten des Sowjetverbandes. In Beantwortung dieser Note hat die polnische Regierung am 27. Mai der Sowjetregierung in Warschau eine Note überreicht, in der sie mit aller Entschiedenheit die unstatthafte Art zurückweist, in der die Sowjetregierung gegen die in der polnischen Regierung vom 15. Mai enthaltene Erklärung wie auch gegen die ungenaue Auslegung des Artikels 7 des Rigaer Vertrages protestiert. Dieser Artikel bestimmt, daß die den nationalen Minderheiten in beiden Ländern zugesicherten Freiheiten durch die innere Gesetzgebung eines jeden der beiden Staaten garantiert werden sollen. Die polnische Regierung wiederholt ihre Erklärung und besteht darauf, daß alle Bestimmungen des Rigaer Vertrages von beiden Kontrahenten loyal und strikt eingehalten werden müssen.

Bernhard Wagners Worte klangen in ihr nach: „Sie sind wahr und stolz.“ War das richtig? zeigte sie sich so? Nein und abermals nein!

In stillen Stunden der Nacht, wenn sie des verflorenen Tages gedachte, kam ihr zum vollen Bewußtsein, wie erbärmlich ihr jetziges Leben an Eitelkeit und Flirt war. War es edel, die schwachen Seiten der Freundin ans Licht zu ziehen, sie dem Gespött auszuföhren?

War er würdig, dieser Kampf um einen Mann, von dem ihr Herz im Grunde gar nichts wußte?

Und war es nicht verächtlich, ihre körperlichen Vorzüge als Hilfsmittel zu betrachten, die den Grafen um so fester an sie ketten sollten?

Bei allen diesen Gedanken fühlte sie ein Brennen der Scham, eine innere Demütigung, die sie unfagbar schmerzte, so daß sie den Morgen herbeisehnte, der diesen qualenden Grübeleien ein Ende machte.

Sie hatte ja alles, wonach sie verlangt, um das sie ein ruhiges, friedliches Glück aufgegeben, hatte elegante Bewunderer, in Hülle und Fülle und lebte ein Leben, nur dem Genuss, die Freude geweiht und doch diese Zweifel, diese innere Leere, dieses Unbefriedigtsein? War sie schon übersättigt von allem?

Manchmal übersiel sie ein förmlicher Ekel; die Bewunderung Willstettens schien ihr fade und abgeschmackt, im Grunde fühlte es sie sich tief unglücklich. Und jetzt schon, nach kaum vierzehn Tagen dieses Geföhls?

Mit scharfen Augen beobachtete sie ihre Umgebung. Ueberall dieses Hasten und Jagen von Genuss zu Genuss, diese erschreckende Oberflächlichkeit. Und jetzt empfand sie die Wahrheit dessen, was Bernhard einmal gesagt, daß nur eine ernste bemußte Tätigkeit, auf welchem Gebiete es auch sei, sowie die volle Hingabe an eine Idee wahre innere Befriedigung schaffen könne; ein in Mühigkeit verbrachtes Leben sei wider die Natur.

Ob sie, nachdem sie die Hohlheit ihres Lebens erkannt, wohl die Kraft besitzen würde, sich davon frei zu machen? Kraft und Mut und Entfagung gehörten allerdings dazu.

Der Tanz war zu Ende.

Im Saal herrschte eine erstickende Hitze. Dagmar Odenberg entschloß sich ihrem Länger. Sie warf ihre Federboa über die elegante, tief ausgeschmittenen Toilette und eilte hinaus auf die Terrasse, frische Luft zu schöpfen.

In unendlicher Majestät leuchtete der Sternenhimmel über dem leise rauschenden Meer.

Ein unbefreibliches Sehnen erfüllte ihre Brust und ohne daß sie dessen achtete, läßten sich große, schwere Tropfen aus ihren Augen und rollten langsam über ihre Wangen.

„Bernhard!“ flüsterte sie vor sich hin. „Bernhard!“ Lange stand sie in Gedanken an den fernen geliebten, durch eigene Schuld verlorenen Mann.

Sie schauerte leicht zusammen; die Nachtlust wehte kühl über ihren entblößten Nacken.

Von drinnen riesen Walzerklänge zu neuem Tanz, zu neuer Luft. Sie erinnerte sich, diesen Tanz hatte sie dem Grafen Willstetten versprochen; doch es war ihr unmöglich, jetzt wieder hineinzugehen, ein förmlicher Widerwille hatte sie gepackt, trotzdem man sie als Schönste erklärt und ihr wie einer Königin huldigte.

Jetzt hörte sie näher kommende Schritte. Sie achtete nicht darauf. Vielleicht war es ein Kellner, der sich hier zu tun machte. Fast unbeweglich stand sie da, traurig zu den Sternen empordrückend, als wollte sie von ihnen Antwort berichten auf die eine große Frage, die ihr inneres erfüllte. Sie schreckte zusammen, als plötzlich eine Stimme an ihr Ohr traf. —

Willstetten stand neben ihr. „Hier finde ich Sie endlich? Ueberall hab ich Sie schon gesucht. Haben Sie denn ganz vergesien, daß sie für diese Minuten mir gehören?“

„Verzeihung, Graf! Es war drinnen so unerträglich heiß!“

„Und Sie sehen sich dafür jetzt einer Erkältung aus — wie unvorsichtig!“ sagte er vorwurfsvoll „und schwärmen wohl gar bei Sternenshimmer und Meerestauschen! Darf man den Inhalt Ihrer Träumerei erfahren?“ Er neigte sein hübsches keckes Reitergesicht dicht zu ihr hin.

Ein rätselhafter Blick traf ihn. Müd und traurig schelte sie. Sie schüttelte leicht den dunklen Kopf und wandte sich ab von ihm.

Eine Bulle des Papstes.

Das Jahr 1925 zum Jubeljahr erklärt.

Rom, 29. Mai. Nach einer feierlichen Sitzung im Thronsaal, in der der Papst die Veröffentlichung einer Bulle anordnete, die das Jahr 1925 zum Jubeljahr erklärt, begab sich Monsignore Wipert in die Vorhalle der St. Peterskirche und sodann in die St. Paulskirche, wo er die Bulle in Gegenwart einer zahlreichen Menschenmenge verlas. In der Bulle erklärt der Papst, daß das Jubeljahr den Erfolg haben möge, die Völker zu versöhnen. Ferner werden Gebete angeordnet, auf daß die Abtrünnigen in den Schoß der katholischen Kirche zurückkehren, u. die Heiden in Wahrheit erfahren und die Frage der heiligen Orte im Sinne der Wünsche und Rechte der Katholiken gelöst werden möge.

Amerika beschleunigt die Flottenrüstung.

London, 30. Mai. Nach einer stürmischen Sitzung hat das amerikanische Repräsentantenhaus 30 Millionen Pfund bewilligt, um die Flotte zu modernisieren und wiederum in Uebereinstimmung zu bringen mit der Kräfteverteilung, die auf der Abrüstungskonferenz von Washington vereinbart worden war und hinter der Amerika angeblich weit zurückgeblieben sein soll. Im Verlauf der Sitzung kam zum Ausdruck, daß die gespannten Beziehungen zu Japan einer der Gründe sei, warum diese Maßnahmen in beschleunigtem Tempo vorgenommen werden müßten.

Deutschland und der internationale Studentenkongreß.

Paris, 29. Mai. Auf dem letzten internationalen Studentenkongreß hatten die Vertreter Frankreichs den Vorschlag gemacht, mit den deutschen Studenten wieder Beziehungen anzuknüpfen, vorausgesetzt, daß sie sich den vorgesehenen Statuten unterwürfen. Nach dem „Dure“ hätten sich die deutschen Studenten geweigert, ihre Statuten abzuändern und u. a. einstimmige Annahme der Zulassung der deutschen Sprache als offizielle Sprache auf den internationalen Kongressen verlangt.

Die Explosionskatastrophe von Bukarest.

Furchtbare Auswirkungen.

Belgrad, 30. Mai. Die Nachrichten, die hier über die furchtbare Explosionskatastrophe in Bukarest eingetroffen sind, lassen annehmen, daß dadurch die Wehrkraft Rumäniens wesentlich erschüttert worden ist. Vor allem scheint der größte Teil der schweren Artilleriemunition, der in den letzten Tagen von den Schwadern geliefert worden ist, vernichtet worden zu sein. Man hatte offenbar noch nicht Zeit gehabt, die richtigen Munitionstransporte in sicheren Gewölben unterzubringen. Da übrigens die Explosionen noch andauern und die Löscharbeiten größten Gefahren begegnen, läßt sich der Umfang des Unglücks noch garnicht genau ermessen. Es ist fraglich, ob die großen in den nahe gelegenen anderen Munitionsdepots aufgehäuften Mengen an Artilleriemunition gerettet werden können. Der Brand, der zu den Explosionen führte, ist in der staatlichen Munitionsfabrik selbst ausgebrochen. Man ist in Bukarest überzeugt, daß die Tat einen politischen Hintergrund hat und auf bolschewistische Propaganda zurückzuführen ist, da die Kommunisten wahrscheinlich Kenntnis davon hatten, daß in der letzten Zeit große Munitionstransporte nach Rumänien gekommen waren und provisorisch in den nahegelegenen Lagern verstaubt wurden. Die Zahl der Toten und Verwundeten war bisher noch nicht festzustellen, doch muß angenommen werden, daß sie sehr hoch ist. In den Munitionsdepots ereigneten sich im Verlaufe der Nacht weitere Explosionen. Nach den bisher vorliegenden Nachrichten sind der Feuerbrand drei pyrotechnische Popillons zum Opfer gefallen. Durch den Mut der Offiziere und der Artilleriemannschaften konnten große Mengen Munition in Sicherheit gebracht werden. Um Mitternacht hörten die Explosionen auf. Es gelang, das Feuer zu lokalisieren. Der Kriegsminister hat erklärt, daß es noch nicht gelungen ist, die Ursache der Explosion festzustellen.

Der Schrei nach Kredit.

Kl In der Inflationszeit war das Geldverdien für viele eine verhältnismäßig sehr leichte Sache. Wer einigermaßen die Mittel aufreiben konnte — und das war nicht sehr schwer — begann irgend einen Handel. Große Vorkenntnisse waren nicht notwendig, große Kalkulationen brauchte man nicht einzustellen. Die Karre lief sozusagen, vom treibenden Moment der täglichen Preissteigerung angetrieben, von selbst. Und befriedigt konnte sich jeder die Hände reiben über sein Geschäftsglück, das er seiner Meinung nach seinem Fleiße und seiner Intelligenz verdankte. Heute nun liegen die Verhältnisse umgekehrt. Jeder Kaufmann und jedes Gewerbe glauben, gerade sie hätten unter der jetzigen Depression unerdienter und ungerechtfertigter Weise in besonders hohem Maße zu leiden, und gerade sie hätten Anspruch auf irgend eine Vergünstigung anderen gegenüber, sei es in steuerlicher Hinsicht, sei es durch günstigere Kreditgewährung usw.

Aus allen Zweigen unserer Wirtschaft schallt der gleiche Ruf nach Kredit. Es fehlt allenthalben an nervos rerum, am Geld. Trotzdem sich jedermann darüber klar ist, daß jedes erdenkliche Opfer gebrocht werden muß, um gerade jetzt in der kritischsten Zeit der Stabilität der Währung zu erhalten und jede Möglichkeit einer erneuten Inflation von vornherein im Keime zu ersticken, hüpfen sich doch von Tag zu Tag die Rufe, daß die Reichsbank endlich Mitleid haben und ihren Kreditbeutel öffnen möchte. Da umfangreiche Kreditgewährungen der Reichsbank notgedrungen ein neues Aufschwellen von Reichsbanknoten zur Folge haben müßten, so ist es nur gar zu verständlich, daß die Reichsbank im Einverständnis mit der Regierung allen diesen Notrufen gegenüber festgeblieben ist. Und so grauam es auch klingen mag, man kann ihr auch für die nächste Zukunft nur ans Herz legen: Bleibe hart! Trotzdem aber muß in absehbarer Zeit unserer Privatwirtschaft geholfen werden. Da das aus eigener Kraft nicht möglich ist, bleibt als einziger Ausweg der Kredit des Auslandes übrig. Dem wird allerdings häufig entgegengehalten, daß die ausländische Geldhilfe ausbleiben werde, wenn die Reichsbank selbst die deutsche Wirtschaft am Geldmangel zu Grunde gehen läßt. Jedoch weiß man auch in den orientierten Kreisen des Auslandes sehr gut, welche Gefahren eine durch große Kreditgewährung hervorgerufene Notenvermehrung der Reichsbank für das deutsche Wirtschaftsleben in sich birgt. Der heldenmütige Kampf um die Erhaltung der deutschen Währung muß auch im Auslande anerkannt werden.

Die Vorbedingungen für eine ausländische Kreditgewährung sind augenblicklich nicht gerade ungünstig. Man weiß sehr wohl, daß die Warenausfuhr nach Deutschland, die das Ausland dringend notwendig hat, nur gewährleistet ist, wenn man uns Kredit gibt. Nicht aus christlicher Nächstenliebe und

Uneigennützigkeit, sondern aus wohl erwogenen eigenen Interessen wird man uns auf Grund des Dawes-Gutachtens Auslandsgebelde zuführen. Der eigentliche und vor allem auch der amerikanische Geldmarkt beginnen bereits unter einem nachindustriellen Lage in England, vor allem die äußerst gedrückten Verhältnisse der englischen Textilindustrie haben viele Gelder frei gemacht, die nach einem Unterkommen suchen; in Amerika haben die Reservebanken in letzter Zeit ihren Diskontsatz wesentlich ermäßigt, auch ein sicheres Zeichen eines flüssigen Geldmarktes. Auch andere Staaten, vor allem Holland, spekulieren auf Deutschland als Geldnehmer. So besteht einige Hoffnung, daß der in dieser Richtung ausgeworfene Rettungsanker einen einigermaßen sicheren Grund findet.

Anmeldepflichtige Bauarbeiten.

sb Mit Wiederbelebung der Bautätigkeit scheint es geboten, die Öffentlichkeit auf die wesentlichsten Bestimmungen der reichsgesetzlichen Unfallversicherung der Bauarbeiter hinzuweisen, um die Beteiligten vor großen Unannehmlichkeiten zu bewahren. Kraft Gesetzes sind alle Arbeiter bei der Ausführung von Bauarbeiten gegen Betriebsunfälle versichert. Beiträge zu dieser Versicherung haben die Arbeiter nicht zu leisten. Die Mittel werden bei gewerbmäßiger Ausführung der Arbeiten von den einzelnen Unternehmern selbst aufgebracht, während für alle durch nicht gewerbmäßige Unternehmer ausgeführten Bauarbeiten, sogen. Eigenbau- oder Regiarbeiten, regelmäßig der Bauherr als Unternehmer gilt und die Kosten für die Versicherung der Arbeiter selbst zu tragen hat. Für diese Eigenbauarbeiten müssen die Bauherren bis zur Beendigung der Arbeiten jeden Monat der Baugewerks-Berufsgenossenschaft einen Nachweis über die Art der Bauarbeit, die hierbei beschäftigten Personen mit ihrer Arbeitszeit und ihrem Arbeitsverdienst vorlegen. Bei dem Entgelt sind auch Naturalbezüge oder andere Entschädigungen (Gefälligkeiten, Gegenleistungen usw.) im Wertanschlag mitanzugeben. Auch die mit Bauarbeiten beschäftigten Familienangehörigen, die keine besondere Vergütung erhalten, sind nachzuweisen. Nur der etwa mitarbeitende Bauherr und seine Ehefrau unterliegen nicht dem Versicherungszwang. Nachweisspflichtig sind alle Bauarbeiten, bei denen die beschäftigten Personen zusammengerechnet an mehr als sechs Tagelöhnen gearbeitet haben. Hierbei ist es gleichgültig, ob sechs Personen einen Tag oder eine Person sechs Tage arbeitet, auch ob die Arbeiten nach Feierabend an Sonntagen oder von verschiedenen Bauhandwerkern für einen Neubau, Umbau oder eine Ausbesserungsarbeit geleistet worden sind. Bis zum 1. Januar 1924 waren die Nachweise den Bürgermeisterämtern und Bezirksämtern einzureichen; jetzt sind sie unmittelbar der Baugewerks-Berufsgenossenschaft vorzulegen und zwar der Sektion 1 in Mannheim L 13, 13; der Sektion 2 in Karlsruhe, Gartenstraße 38; der Sektion 3 in Freiburg, Erwinstr. 37. Die verspätete Einreichung der Nachweise, die unrichtige oder unvollständige Angabe in den Nachweisen ist strafbar. Um die bei Bauarbeiten beschäftigten Personen möglichst vor Unglücksfällen zu schützen, haben die Berufsgenossenschaften Unfallverhütungsvorschriften erlassen, deren Befolgung, Pflicht jedes Bauausführenden ist.

Baden.

Die badischen Gemeindebeamten zur Befoldungs-Neuregelung.

Der Zentralverband der Gemeindebeamten Badens hat an die Stadträte und Gemeinderäte der badischen Städte und Gemeinden folgendes Ersuchen gerichtet: Die von dem Reichsminister der Finanzen auf Grund des Ermächtigungsgesetzes vorgenommene Befoldungsregelung ist für die Beamten der unteren Gruppen völlig unzureichend, da die neuen Gehaltsätze dieser Beamten der Befoldung mit allen für die Durchführung eines geordneten Staatswesens verbundenen Folgen preisgegeben. Die Spitzenorganisationen der Beamten haben gegen diese Regelung die sie vor der Beamtenchaft in keiner Weise vertreten können, Einsprache erhoben. Wir ersuchen die Stadtverwaltungen und Gemeindeverwaltungen ergebenst, Mittel und Wege zu finden, um der unteren Beamtenchaft die Lebensmöglichkeit zu gewährleisten und ihr ein Existenzminimum zu sichern, daß die Vermehrung der Kaufkraft des Geldes entsprechend berücksichtigt. Nachdem die Befoldungszuschüsse für die Städte und Gemeinden gefallen sind, wird eine diesbezügliche Regelung keinen allzuerschwerlichen Schwierigkeiten mehr begegnen."

Aus Nah und Fern.

Sinsheim, 31. Mai. (Postgebühren.) Der neue ab 1. Juni gültige Postgebührentarif weist für Drucksachen insofern eine bemerkenswerte Neuerung auf, als er bei Drucksachen bis 50 g einen Gebührentarif von 3 Pfg. für Vollrucksachen und einen Gebührentarif von 5 Pfg. für Teildrucksachen enthält. Bei Teildrucksachen ist nur gestattet, eine innere mit der äußeren übereinstimmenden Aufschrift handchriftlich oder mechanisch anzugeben, sowie in gleicher Weise Firma, Namen, Stand und Wohnort nebst Wohnung des Absenders, seine Fernsprechnummer, die Telegrammanzahl und den Telegrammschlüssel, sowie sein Postfach- und Bankkonto nachzutragen oder zu ändern. Weitere Zusätze oder Textänderungen sind bei Vollrucksachen künftig unstatthaft.

Sinsheim, 31. Mai. (Expressegut oder Postpaket?) Neuerdings haben auf vielfach geäußerte Wünsche aus Handelskreisen hin die Reichsbahndirektion die Weisung erhalten, im Benehmen mit der Oberpostdirektion der Verbesserung des Paketbeförderungsdienstes ihr besonderes Augenmerk zuzuwenden. Für eine möglichst pünktliche Durchführung der Güterzüge, die auch dem Postpaketverkehr dienen, sowie für die rechtzeitige Bereitstellung der Postfachwagen am Bestimmungsort soll in erster Linie geforgt werden. Da die Einstellung mehrerer Postwagen in die Personenzüge in größerem Umfange als bisher ohne Schädigung des Personen- und Gepäckverkehrs nicht angängig ist, so soll der Frage der Einrichtung besonderer Postzüge durch Zusammenfassung von Postwagen erneut nähergetreten werden. Mit dem am 1. Juni beginnenden neuen Sommerfahrplan wird eine Anzahl bisheriger Verkehrsbeschränkungen in Wegfall kommen, so daß ohne weiteres auch eine Verbesserung der Beförderungsmöglichkeiten im Postpaketverkehr sich hierdurch ergibt.

Sinsheim, 30. Mai. (Ausfuhrfreiheit für Postpakete.) Wie uns die Handelskammer Mannheim mitteilt, ist mit Wirkung vom 15. Mai 1924 ab die Ausfuhr aus Deutschland nach dem Ausland für alle mit der Post ausgehenden Waren ohne Ausfuhrbescheinigung zugelassen. Eine Ausnahme bilden Radium und Radiumsalze, Gold in jeder Form, Platin, Silber, Silberabfälle und Silberdraht. Ebenso

morauf besonders hingewiesen werden muß, Gold- und Silbermünzen. — Der bisherige Zuschlag von 2 Pfg. bei Benachrichtigungen durch die Post und von 5 Pfg. bei solchen durch den Fernsprecher fällt künftig weg.

Sinsheim, 31. Mai. (Sonntagsrückfahrkarten an Pfingsten.) Es sei nochmals darauf hingewiesen, daß anlässlich Pfingstfeiertage die Sonntagsrückfahrkarten schon am Freitag, 6. Juni, von 12 Uhr mittags an ausgegeben werden und deren Gültigkeit auf die Zeit vom Freitag, 6. Juni, 12 Uhr mittags, bis zum Montag, 9. Juni ausgedehnt ist. Innerhalb dieser Gültigkeitsdauer können sie zur Hin- und Rückfahrt ohne Beschränkung auf bestimmte Tage, also auch schon am Freitag oder Samstag benutzt werden.

Sinsheim, 30. Mai. (Stenographie und Reichsbahnverwaltung.) Die Hauptverwaltung der deutschen Reichsbahn hat angeordnet, daß alle Bediensteten, die vorwiegend schriftliche Arbeiten zu verrichten haben und noch nicht über 35 Jahre alt sind, sich Fertigkeit in der Kurzschrift nach dem System Gobelberger aneignen haben. Dieses System wurde deshalb gewählt, weil die deutsche Reichsbahn zum größten Teil in Ländern liegt, die das genannte System bereits anmäßig verwenden. Die Anhänger des Systems Stolze-Schren haben hiergegen bereits Einsprache erhoben.

Sinsheim, 31. Mai. (Die Vermögensklärung der Landwirte.) Die Steuerberatungsstellen der Badischen Landwirtschaftskammer macht die Landwirte darauf aufmerksam, daß die Vermögenssteuererklärungen sofort abzugeben sind. Um den Steuerpflichtigen die Sache möglichst leicht zu machen, haben die Finanzämter für jeden Steuerpflichtigen die berechtigten und gemäß den Bestimmungen des Vermögenssteuergesetzes gekürzten Wehrbeitragswerte ausgerechnet und eine Liste an die örtlichen Steuererheber oder, wo keine Steuer-einnehmer ist, an das Bürgermeisteramt gegeben. Die steuerpflichtigen Landwirte können danach ihre Steuererklärungen abgeben. Die Nachzahlung auf die erste Rate der Vermögenssteuer, welche bereits auf den 30. April fällig war, ist zugleich mit der Abgabe der Steuererklärung zu entrichten.

Eberbach, 31. Mai. (Der Fall Bergdoll.) Durch eine aus Washington stammende amtliche Mitteilung des amerikanischen Kriegsministers wird jetzt bekannt, daß die beiden Amerikaner, die seinerzeit verhaftet haben, den Deutschamerikaner Bergdoll in Eberbach zu entführen und ihn in die Hände der amerikanischen Behörde zu bringen, Angestellte der Kriminalabteilung der amerikanischen Besatzung im Rheinland gewesen sind.

Weinheim, 30. Mai. (Tödlisch verunglückt.) Als heute früh 7 Uhr die 38jährige Elise Lang sich mit der Hacke zu Feldarbeiten begeben wollte, kam ihr auf der schmalen abschüssigen Grabengasse ein durchgehendes Gespann entgegen. Frau Lang wurde an die Wand des Bezirksamtes gedrückt und erhielt einen solchen Schlag gegen den Kopf, daß sie einen Schädelbruch und einen Bruch der Wirbelsäule erlitt, sodas augenblicklich der Tod eintrat.

Weinheim, 30. Mai. (Das diesjährige Obst-ertragnis) an der Bergstraße kann jetzt schon etwas überschauen und geschätzt werden. Kirchen wird es recht reichlich geben, dagegen haben Zwetschgen, Pflaumen, Pfirsiche und andere Steinfrüchte mehr oder weniger unter der anhaltenden Regenperiode gelitten. Das trifft auch auf die eblernen Birnenforsten zu. Die Apfelblüte hatte günstigeres Wetter und dürfte einen guten Ertrag bringen. Die Reben gedeihen gut.

Bretten, 31. Mai. (Ersttöt.) Durch ein eigenartiges Mißgeschick mußte gestern nachmittag die Kriegswitwe Ehr. Delschläger von hier ihr Leben lassen. Sie war bei der Familie M. Erlebacher mit Waschen beschäftigt. Beim Nachtessen blieb der mit Kopfleiden behafteten Frau ein Bissen Brot im Halse stecken, sodas sie, bevor ärztliche Hilfe eintraf, erstikte. Der Tod der fleißigen Frau wird hier allgemein bedauert.

Aus dem Kraichgau, 29. Mai. (Verschiedenes.) In Obergrombach stürzte Konstantin Speck vom Dach eines Hauses und verschied sofort. — Ein „schwerer Junge“ wurde letzter Tage, abends, in Mingsolheim von der Gendarmerei festgenommen, nachdem er einem Gefängnis in Preußen entflohen war. — In Weiher ist eine Zigeunerbande verhaftet worden, die im Verdacht steht, den letztwöchigen Brand in Ruppheim gelegt zu haben. — Borige Woche wurde ein Dieb ins Bruchsaler Gefängnis eingeliefert, der sich Schmitt aus Waldmohr nannte. Jetzt konnte festgestellt werden, daß dies ein seit Monaten gesuchter Verbrecher namens Ferd. Hirt aus Fürth (Odenwald) ist, der im Hinterland zahlreiche Einbrüche begangen und in Weinheim einem Gendarm einen Dolchstoß beibrachte und später nach Ueberwältigung eines Aufsehers aus dem Amtsgefängnis Waldmichelbach entwich.

Forzheim, 30. Mai. (In der Frage der Arbeitszeiteinteilung) im Forzheimer Goldgewerbe wurde heute ein Schiedsspruch dahin gefällt, daß die geteilte Arbeitszeit wieder eingeführt wird. Der Schiedsspruch wurde sowohl von den Gewerkschaften wie vom Arbeitgeberverband angenommen. Damit ist der drohende Kampf in der Schmuckwarenindustrie noch in letzter Stunde verhindert worden.

Offenburg, 27. Mai. (Gedenkfeier.) Zur Feier des 300. Geburtstages des Schriftstellers Christoph von Schmidhausen, dem Verfasser des Simplicissimus, ist in Renschen, dem Orte seines einstigen Wirkens, eine Gedenkfeier geplant. Ein junger Offenburger Dichter hat aus dem Simplicissimus einige Bilder gestaltet. Die Darstellung wird durch Mitglieder des Baden-Badener Kurtheaters unter Leitung von Dr. Waag erfolgen. — In dem benachbarten Leigelsdorf wird am 29. Mai ein von der Gemeinde errichtetes Naturtheater eröffnet werden.

Lahr, 27. Mai. (Seltener Gast.) Die Straßen der hiesigen Stadt hatten an einem der letzten Tage einen jenseitigen Gaf. Ein strammer Rehbock hatte sich aus seinem Waldrevier in die Stadt verirrt und rannte in den frühen Morgenstunden in der Lamm- und Kaiserstraße aufgeschreckt hin und her, wobei er versuchte in die Gärten einzudringen. Nach langem Herumjagen fand das aufgeregte Tier endlich wieder seinen Weg in die freie Natur.

Birmansens, 30. Mai. (Die Geldknappheit) in der Pfalz nimmt schon gefährliche Dimensionen an. So erhielten viele Arbeiter hier an Stelle von Geld Schuhe, die sie verkauften. — In Zweibrücken waren bei der Stadteinnahme dieser Tage alle Vorräte erschöpft.

Mainz, 31. Mai. (Die Todesfahrt über den Rhein.) Als heute vormittag ein Autolastzug von Kästel nach Mainz über die Rheinbrücke fuhr, riß die ungenügend gefestigte Kupelung des Anhängerwagens, sodas dieser rückwärts rollte, das Brückengitter durchschlug und in den Rhein stürzte. Ein auf dem Anhänger mitfahrender „blinder Passagier“, ein junger Mann, fand dabei den Tod, obwohl ein Rettungsboot sofort an der Unfallstelle war.

Meersburg, 30. Mai. (Sprachforschung.) Im Meersburger Gemeindeblatt lesen wir folgende Notiz: Auf dem

Bahnhoj Mimmehausen stieß die Lokomotive etwas unanft auf die Wagen eines Frickinger Zuges...

Die unleserliche Unterschrift. Es hat wohl schon mancher ein behördliches Schreiben erhalten...

Die Quäker über die deutsche Wohltätigkeit. Der Westminster Gazette zufolge wurde auf der Jahreskonferenz der Quäkervereinigungen in Plandrinod (Wales)...

Sind Zigaretten und Zigaretten Gegenstände des täglichen Bedarfs? Ueber diese Frage sind zwischen dem Kammergericht und dem Berliner Polizeipräsidium heftige Meinungsverschiedenheiten entstanden...

Elektrische Viehtriebung. Die guten Erfahrungen, die man beim Reinigen von Wohnungen mit dem elektrischen

Staubsauger gemacht hat, haben jetzt zu Versuchen geführt, ihn auch zur Reinigung des Viehes auszunutzen.

Eine Spekulation auf die Dummheit. In manchen Orten sind in den letzten Tagen Personen wieder mit Abschriften der sog. Schneeballen- oder Kettenbriefen erfreut worden...

Die 20-Km.-Rakete. Der amerikanische Gelehrte Dr. Robert H. Goddard, der vor vier Jahren seinen Plan ankündigte, eine Rakete nach dem Mond abzuschicken...

Neues für Bücherliebhaber.

Das grüne Badische Kursbuch vom 1. Juni, das als einzige amtliche Ausgabe größtmögliche Zuverlässigkeit bietet und sich wie immer durch Handlichkeit, übersichtliche Anordnung und klaren Druck auszeichnet...

Schweinemarkt.

Table with 2 columns: Category (Bruchsal, Häufigster, Niedrigster) and Price/Quantity.

Neueste amtliche Kurse

vom 30. Mai 1924

mitgeteilt von der Vereinsbank, e. G. m. b. H. Sinsheim.

W hinter einem Kurs bedeutet Million, Mb Milliarden, Bn Billion-Prozent.)

Table of exchange rates and prices for various goods like cement, banknotes, and stocks.



Ihr Haustrunk aus Heidelbeeren

bereiten Sie am besten mit meinen Heidelbeeren, Paket zu 100 Ltr. mit Zutaten ohne Süßstoff nur Mk. 7,10 franko Lieferung.

Ebenso empfehle mein Mostsaj in Korbfässchen Zitron bestes Erfrischungs-Getränk

5 Ltr. zu 100 Ltr. mit Korbfäße Mk. 10.— bestens geeignet zum Strecken von Apfelsaft. Eine Probe führt zu dauernder Kundshaft.

Bestellen Sie heute noch, 1000 te von Kunden. Friedrich Günter, Seckenheim b. Mannheim

Bekanntmachung.

Der heutigen Wirtschaftslage und dem Beschäftigungsgrad entsprechend nehmen wir den Betrieb in beschränktem Umfange wieder auf.

Die einzelnen Leute werden schriftlich von der Einstellungs-möglichkeit benachrichtigt.

Meldungen sind vorläufig zwecklos.

Sinsheim, den 2. Juni 1924.

Reinhold Stitz A.-G.

Badische Eisen- und Blechwarenfabrik G. m. b. H.

Rheinische Handelsbank A.-G.

Filiale Sinsheim a. E. Ecke Haupt- und Wilhelmstraße. Gasthaus zum Löwen. Telefon 168. Postscheckkonto Karlsruhe 78 009.

Erledigung aller bankmäßigen Geschäfte

Geschenkt

1 Herrschaschenuhr erhält Jedermann von mir, bei Bezug von 500 la. rein oriental. Cigaretten zu Mk. 16.—...

Advertisement for Dr. Thompson's Seifenpulver featuring a swan logo and the text 'bequem sparsam Überall zu haben'.

Dr. Thompson's Seifenpulver (Marke Schwan) das Paket 30 Pfg.

Large advertisement for HAPAG HARRIMAN shipping line, listing routes to Nord-Amerika, Sud-Amerika, Canada, Cuba, Mexico, Ostasien, Afrika usw.

Advertisement for Hühneraugen (corns) treatment using Kukirol, mentioning 'Hornhaut, Schwielen und Warzen'.

Solbad Rappennau

geöffnet vom 1. Mai bis Ende Oktober.

Das Bad ist geöffnet:

Werktags vormittags 8-12, nachmittags 1-6 Uhr. Sonntags von vormittags 8 bis 4 Uhr nachmittags.

Ein jähriges Zuchtrind hat zu verkaufen Jakob Weidich Weiler Hauptstraße 22.

Bodenwachs Büffel-Beize gelb rot braun beizewachst zugleich Treppen- Tannen- und Pittschpine-Böden an Stelle von Bodenöl und flüssiger Beize

Achtung! Mailänder Websteine billig eingetroffen. Aug. Kleemann Landw. Masch. u. Geräte Reparaturwerkstätte

Sinsheim, Hauptstraße 13.

Ladenbesitzern

Ist heute Gelegenheit gegeben, sich ihre Existenz durch Übernahme des kommissionsweisen Verkaufs von Waren einer bedeutenden leistungsfähigen Lebensmittel-Großhandlung zu erhalten.

Druckarbeiten

leglicher Art für Gewerbe, Handel und Behörden in sauberster Ausführung liefert in kürzester Zeit und zu mäßigen Preisen

G. Becker'sche Buchdruckerei Sinsheim beim Bahnhof.